

2014-02-20

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 29.01.2014

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:55 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann, 1. Stellvertreter
Frau Storz, 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 43**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Kolze, Jens
Mau, Hans-Joachim
Weber, Hendrik

Fraktion der SPD

Laue, Harald

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Lütje, Daniela

Mitglied Freie Wähler

Göricke, Hagen

Mitglied mit DVU-Mandat

Knop, Ingmar

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner eröffnete die Sitzung des Stadtrates. Er stellte ferner die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums (derzeit mit 35 anwesenden Stimmberechtigten) fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Zu der mit der Ladung ausgereichten Tagesordnung stellte zunächst **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, den Antrag, die Beschlussvorlagen 016/2014 und 012/2014 (**Punkte 7.3.1 und 7.3.2**) in **geänderter Reihenfolge** zu behandeln, d. h. zuerst die BV 012/2014, da diese weiterreichend ist.

Durch den Stadtratsvorsitzenden wurde die Anregung gegeben, diesen Tagesordnungspunkt 7.3 insgesamt zu diskutieren. Er selbst würde dann einen Vorschlag zum Verfahren unterbreiten. Das Anliegen beider Vorlagen dürfte bei allen Mitgliedern des Stadtrates identisch sein, so dass man Einigung erzielen würde.

Der **Antrag von Herrn Schönemann** wurde zur Abstimmung gebracht. Er wurde mit deutlicher Mehrheit (21 Für-Stimmen und ohne Gegenstimmen) **angenommen**.

Die Tagesordnung wurde mit der bestätigten Änderung einstimmig bestätigt.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 11.12.2013

Zur Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 11. Dezember 2013 gab **Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**, eine vorzunehmende Änderung auf Seite 19 bekannt. Hier muss es im Punkt 3 des geänderten Beschlusstextes anstelle des Wortes „Projekt“ richtig heißen „**Konzept**“.

Eine notwendige grammatikalische Richtigstellung wurde von **Herrn Dreibrodt, SPD-Fraktion**, angesprochen. Auf S. 28 muss es im 5. Absatz richtig heißen „**Einem** geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul“.

Herr Bähr, FDP-Fraktion, verwies auf folgende zu ändernde oder zu überprüfende Aussagen in der Niederschrift.

- S. 8 - **Streichung** in Pkt. 6.1: „Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.“
Es gab keine Vorlage.
- S. 30, 5. Absatz: **Korrektur** „Herr Bönecke, **Fraktion Pro Dessau-Roßlau**“.
- Des Weiteren habe sich Herr Adamek vom Stadtelternrat (Seite 12, TOP 7.10) seiner Erinnerung nach nicht zugunsten der Sekundarschule Ziebigk ausgesprochen, sondern es ging eigentlich um die beiden Grundschulen. Herr Bähr bat um Abgleich des Mitschnitts mit den in der Niederschrift enthaltenen Aussagen.

Herr Gebhardt, SPD-Fraktion, sprach einen ihn seit längerer Zeit störenden Fakt an. Bei den fehlenden Mitgliedern des Stadtrates werde das Mitglied der DVU, Herr Knop, aufgeführt. Es gebe aber die DVU nicht mehr, die in die Neonazipartei NPD aufgegangen ist. Deshalb müsse es auch NPD-Mitglied heißen.

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner sagte eine Prüfung zu, es gebe aber hinsichtlich der Mitgliedschaft keine Mitteilung. Hinzufügend merkte **Herr OB Koschig** an, es sei richtig, was Herr Gebhardt sagte, allerdings beschäftige diese Angelegenheit zurzeit den Landeswahlleiter auch im Hinblick auf die bevorstehende Kommunalwahl.

Die Niederschrift vom 11.12.2013 wurde mit den angegebenen Änderungen mit einer Enthaltung mehrheitlich bestätigt.

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

In den Informationen des Oberbürgermeisters ging dieser auf den Zeitraum vom 11. Dezember 2013 bis 28. Januar 2014 ein. Er führte aus:

Das Thema, welches uns in den vergangenen Monaten beschäftigt hat und leider auch immer noch in Atem hält, ist der **Erhalt** unseres **Anhaltischen Theaters Dessau**. In den beiden vorangegangenen Ratssitzungen habe Herr Koschig jeweils zum aktuellen Stand informiert, wobei sich leider seit dem 13. November nichts mehr änderte. Das auf der Grundlage des Stadtratsbeschlusses vom 9. Oktober, BV-Nr. 310 und mit dem Mandat der Interfraktionellen Runde vom 5. November 2013 verhandelte sog. Dessauer Modell eines Musiktheaters einschließlich Puppentheater mit dem Angebot von 4 Sparten im Sinne des regionalen Kultur- und Bildungsauftrages fand keine Antwort in Form eines Entwurfs für einen Theatervertrag 2014 bis 2018.

Am Rande des Neujahrsempfangs hat Herr OB Koschig Herrn Minister Aikens, welcher für die Landesregierung anwesend war, nochmals gebeten, auf die Dringlichkeit der Angelegenheit im Kabinett hinzuweisen. Leider habe man dann aus der Zeitung von unserem Vertrag erfahren müssen. Minister Dorgerloh hatte der MZ nicht nur zur Zukunft der Theater im Lande ein Interview gegeben.

Am Abend zuvor hatte das Kultusministerium uns den Entwurf für den Theatervertrag zugemailt. Der Pressemitteilung konnte entnommen werden, dass dieser Entwurf aber keinesfalls endverhandelt, noch in dieser Form akzeptabel ist. Dies habe die Stadtverwaltung auch gestern in der Sondersitzung des Betriebsausschusses des Anhaltischen Theaters Dessau festgestellt und die Punkte besprochen, die geändert bzw. in vorliegender Form auf keinen Fall beschlossen werden können. So kann der Vorschlag für eine hälftige Finanzierung der Strukturanpassung auf keinen Fall akzeptiert werden, da damit das Land lediglich die kurz vor Weihnachten vom Landtag beschlossenen Kürzungen ausgleicht, sich aber überhaupt nicht an den eigentlichen Strukturanpassungskosten beteiligen würde.

Darüber hinaus hat der Betriebsausschuss gestern einstimmig die Theaterleitung beauftragt, bis Mitte Februar einen Alternativvorschlag auf der Grundlage der nun definitiv zur Verfügung stehenden Finanzmittel zum Erhalt des 4-Sparten-Hauses vorzulegen. Damit kommt der Stadtrat aus der vertrackten Situation heraus, ein einseitig vorgegebenes Modell beraten und beschließen zu müssen und erhält die wohl kaum komfortablere Möglichkeit einer gründlichen Güterabwägung, was letztendlich auch zu einer breiteren Zustimmung im Rat und hoffentlich auch Akzeptanz in der Bevölkerung führt. Aber ohne Einschnitte wird auch dies nicht gehen, denn es bleibt eine unumstößliche Tatsache, der Landtag hat entschieden, aber auch wir müssen entschieden handeln.

Heute richtete **Herr OB Koschig** seinen Dank an all diejenigen, die sich nun schon so lange und fortgesetzt engagiert für die Zukunft unseres Theaters einsetzen. Besonders dankte er dem Ensemble, das trotz der widrigen Umstände hervorragendes Theater macht, ein Weihnachtsmärchen mit neuem Besucherrekord, ein begeisterndes Neujahrskonzert und mit der „Zirkusprinzessin“ eine Operette, in der das Haus alle Register zieht.

Auch mit der 2014er Auflage des **Neujahrsempfangs** konnte die Stadt Dessau-Roßlau wieder alle Ehre machen. Unsere Gäste sind stets aufs Neue von der Art und Weise des Empfangs und seiner Atmosphäre und natürlich vom Ort – unserem Theater – begeistert. Herr Oberbürgermeister Koschig dankte allen dienstbaren Geistern, vor allem aber der Stadtparkasse für die Stiftung der neuen Amtskette, übrigens aus steuerlichen Gründen eine Dauerleihgabe der Sparkasse.

Eine Gratulation sprach Herr Koschig an dieser Stelle nochmals den „Unternehmern des Jahres 2013“ **Karsten Schneeweiß** und **Jörn von der Heydt** und dem für seine Lebens-

leistung geehrten **Herrn Tschammer**, aus, die nun schon traditionell zum Neujahrsempfang der Stadt ausgezeichnet wurden.

Ebenfalls für ihre Lebensleistung wurden geehrt am 18. Dezember **Herr Joachim Landgraf** mit dem Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland am Bande und **Herr Otto Pötsch** am 13. Dezember 2013 mit dem Sachsenbergpreis 2013.

Die Zeit der **Neujahrsempfänge** neigt sich dem Ende zu, in unserer Stadt schließt bekanntlich der Förderverein Technikmuseum Hugo Junkers rund um den Geburtstag des Namensgebers den Reigen in diesem Jahr am 1. Februar.

Eine Einladung sprach Herr OB Koschig zum diesjährigen **22. Kurt-Weill-Fest** aus. Der Festakt zur Eröffnung ist am 21. Februar, 17.00 Uhr im Rangfoyer. Es folgt das Eröffnungskonzert „Neues vom Tage“. Das Motto des diesjährigen Festes ist „Aufbruch – Weill und die Medien“. Im vergangenen Jahr habe man festgestellt, Weill ist eigentlich der Erfinder des modernen Schlagers. Das Kurt-Weill-Fest wird bis zum 9. März dauern.

Das Naturkundemuseum lädt zu einer sehr aktuellen **Ausstellung** ein. Eröffnung war am 26. Januar „**Oranienbaumer Heide, der Wolf im Naturparadies**“, ein Thema, welches zunehmend unsere Bevölkerung beschäftigt.

Ebenfalls am letzten Sonntag wurde in Stendal eine **Wanderausstellung** eröffnet „**Heimatkrieg 1914/1918 – Spurensuche in Sachsen-Anhalt**“. Diese Ausstellung wird im nächsten Jahr nach Dessau-Roßlau kommen. Herr Koschig wolle die Gelegenheit nutzen, von dieser Stelle aufzurufen, unserem Stadtgeschichtsmuseum Erinnerungsstücke aus der Zeit des 1. Weltkrieges zur Verfügung zu stellen. Schwerpunktthema ist, wie fand dieser Krieg zu Hause statt, was haben die Mütter und Kinder hier zu Hause erlebt.

Seit dem 1. Januar sind für das gesamte Jahr in 11 **Ortschaften** Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bundesfreiwilligendienst in den Büros der Ortschaften eingesetzt. Sie sollen die Arbeit der Ortschaftsräte vor Ort unterstützen und Aktivitäten der Vereine im Ort koordinieren bzw. erfassen.

Im Berichtszeitraum wurden **5 Personen eingebürgert**. Sie stammten ursprünglich aus der Ukraine, der Volksrepublik China, aus Tunesien und Syrien.

Die Eröffnung des **Sportjahres 2014** läutete traditionell das Internationale Hallenfußballturnier um den Ford-Cup ein. Am 19. Januar fand ebenfalls zum 15. Mal das Internationale Handballturnier der Männer um den Peugeot-Cup statt. Für 2014 bekam dieses hochkarätige Turnier eine nochmalige Aufwertung und Steigerung, da es das absolut beste Handballturnier zu diesem Zeitpunkt in ganz Europa war. Erinnert wurde auch durch Herrn Koschig an die Jubiläumsauflage des Allianz-Cups, dem besten U11-Fußballnachwuchsturnier in Deutschland am vergangenen Wochenende mit insgesamt 24 Mannschaften an zwei Tagen. Es war die insgesamt 20. Auflage dieser absoluten Top-Veranstaltung im Kinder- und Jugendsport.

Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing: Für das Infrastrukturprojekt „Verkehrliche Erschließung Biopharmapark Dessau“ liegt der Zuwendungsbescheid vor. Für den Baubeginn ist der März d. J. geplant. Für das Infrastrukturprojekt im Bereich der Gewerbegebiete DHW Rodleben und Industriehafen Roßlau liegt eine Förderzusage für einen Fördersatz von 80 % vor. Die Genehmigung für den vorzeitigen Maßnahmebeginn wurde für das Teilvorhaben Brückenbauwerk 104, Brambacher Weg erteilt.

Auf Initiative des Amtes für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing wurde Mitte vergangenen Jahres ein Projekt initiiert, um die Fremdsprachenkompetenz speziell für das Servicepersonal in den Beherbergungs- und Gastronomiebetrieben sowie für touristische Leis-

tungsträger zu verbessern. Unsere Stadt und die gesamte Region werden in jedem Jahr von zahlreichen internationalen Gästen besucht, die Tendenz ist steigend auch hinsichtlich der großen Jubiläen, die in den nächsten Jahren in unserer Region anstehen: 90. Jahre Bauhaus Dessau im Jahr 2016, 2017 das 500. Reformationsjubiläum und das Jubiläum 100 Jahre Bauhaus im Jahre 2019. Fremdsprachige Gäste sollen sich in unserer Stadt herzlich empfangen und auch verstanden fühlen, weshalb das touristische Beratungs- und Serviceangebot in englischer Sprache verbessert werden soll. In enger Zusammenarbeit mit der Kreisstelle des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes, den RegioCoaches, der Förderservice GmbH, der Investitionsbank und der Bundesagentur für Arbeit wurde eine individuelle und praxisorientierte Fremdspracheninitiative entwickelt. Am 9. September fand dazu eine Kick-Off-Veranstaltung statt, um gemeinsam mit den Partnern über dieses konkrete Vorhaben zu informieren und die Möglichkeiten der Förderung vorzustellen. Mitte Oktober konnte dann mit 15 Teilnehmern der erste Kurs durch unsere Volkshochschule gestartet werden.

Der **Hochwasserbericht und zum Baugeschehen** wurden den Fraktionen die Unterlagen schriftlich zugereicht.

Die Auftaktveranstaltung zur Erstellung des kommunalen **Integrationskonzeptes** fand am 4. Dezember im Mehrgenerationenhaus in der Erdmannsdorffstraße statt. Mit rund 100 Teilnehmern und Teilnehmerinnen aus Politik, Schule, Kindertagesstätten, der Hochschule Anhalt, dem Städtischen Klinikum, Alten- und Pflegeheimen, Bildungsträgern und vielen anderen Organisationen war die Veranstaltung sehr gut besucht und die 4 Workshops bzw. Fachgruppen mit den Schwerpunkten „Frühkindliche Bildung und Schule“, „Arbeit und Sprache“ und „Transkultur und Soziales“ waren hochkarätig besetzt. Aktuell werden Zahlen und Fakten zusammengestellt, um den Ist-Zustand und die Bedarfe in der Stadt zu ermitteln und die weitere Arbeit im Hinblick auf die Erstellung des Integrationskonzeptes danach auszurichten. Zur Erstellung wird es eine Arbeitsgruppe federführend durch die Integrationskoordinatorin geben.

Am 9. Oktober hat der Stadtrat die gestalterische Vollendung der **Friedensglocke** beschlossen. Dazu habe Herr OB Koschig das Kuratorium mit der Bitte um Zureichung der erforderlichen Unterlagen, besonders der bereits vorhandenen Spendenmittel angeschrieben.

Für den **Ersatzneubau Schwimmhalle** hat der Landtag Sachsen-Anhalt mit dem Haushalt 2014 auch eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von insgesamt 6 Mio. EUR eingestellt. Damit sind die von uns beantragten Mittel von jeweils 2,5 Mio. EUR für die Jahre 2015 und 2016 enthalten, wie uns das Ministerium des Innern und Sport informierte.

Am Montag, 27. Januar, wurde den Opfern des Holocaust gedacht. **Herr OB Koschig lud zum 07.03.2014, 21.00 Uhr in die Pauluskirche** ein, um der Opfer des Bombenangriffs vom 7. März 1945 zu gedenken. Leider wollen Neonazis diesen Tag wieder für ihre Geschichtsklitterung missbrauchen und haben für den 8. März einen Marsch durch unsere Stadt angekündigt und beantragt. **Herr Koschig rief dazu auf**, unserer fröhlichen, bunten und mitreißenden **Menschenkette** des letzten Jahres noch eins draufzusetzen und gemeinsam ein Zeichen zu setzen für Demokratie und Toleranz für unsere Stadt „**Bunt statt braun**“.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Stadtrates am 11.12.2013 wurde im nichtöffentlichen Teil ein Verkaufsbeschluss in einer Grundstücksangelegenheit aufgehoben, gab **Herr OB Koschig** bekannt.

Des Weiteren gab es zwei Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters:

- BV 366/2013 – Hochwasserschadensbeseitigung – und
- BV 409/2013 – Niederschlagswassereinleitung.

Nachdem das Fachamt drei Anträge für außerplanmäßige Ausgaben gestellt hatte, wurde nach Prüfung in der Kämmerei festgestellt, dass die Entscheidung in die Zuständigkeit des Haupt- und Personalausschusses fällt, da die Maßnahmen einen Umfang von insgesamt über 213 T€ hatten. Deshalb wurde vom Fachamt mit Datum vom 14.11. eine Vorlage erstellt, die zwei Tage später von der Kämmerei und am 19.11. vom Amt 60 mitgezeichnet wurde. Sie konnte dann in der darauffolgenden OB-Dienstberatung am 2.12. behandelt werden. Die letzte Sitzung des dafür zuständigen Hauptausschusses hatte aber schon am 27.11. getagt, so dass er nicht mehr beteiligt werden konnte.

Gleiches gelte für die Niederschlagswassereinleitung. Hier erfolgte die Rechnungslegung der DESWA erst zum 2. Dezember, also auch nach der letzten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses im Jahr 2013.

Um die Zahlung noch vor dem Kassenschluss des Jahres zu ermöglichen, ist sind die Eilentscheidungen des OB erfolgt.

5 Einwohnerfragestunde

Zu Wort meldete sich zunächst ein **Herr Lingner**. Er bezog sich auf das letzte Amtsblatt der Stadt, woraus sich für ihn Fragen ergaben. Eingangs stellte er fest, dass Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, grundsätzlich nicht auf Fragen, Informationen, Meinungen und Kritiken antwortet. Was er im letzten Amtsblatt geschrieben habe, entspreche nicht der Wahrheit.

Zum eigentlichen Problem wollte Herr Lingner aber die Meinung der Fraktion Pro Dessau-Roßlau hören. Es wurde im letzten Amtsblatt sehr viel von der Strahlkraft der Stadt Dessau berichtet worden, also viel Negatives eigentlich. Das könne man nur unterstreichen. Allerdings habe der Pressereferent der Fraktion geschrieben, dass dafür die Schuld bei der Verwaltungsspitze liege, keine Strategie vorhanden sei und die Probleme einfach aussitzt. Dies könne man als Dessauer Bürger nicht so stehen lassen.

An diese Stelle forderte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** den Bürger auf, eine konkrete Frage zu stellen. Der Sachverhalt könne dafür erläutert werden, aber es geht nicht, dass man sich hier mit inhaltlichen Angelegenheiten des Amtsblattes auseinandersetzt.

Herr Lingner betonte, eine Antwort von der Fraktion Pro Dessau-Roßlau zu erwarten. Des Weiteren benannte er ein zweites Problem. Durch den in der Stadt erfolgenden Abriss werde Energie und Wasser benötigt, welches häufig von den Nachbarhäusern genommen wird. Dies sei bei ihm auch der Fall gewesen und ein Betrag von 29 Euro aufgelaufen. Die DWG war der Verantwortliche für den Abriss und nun werde ihm ein Betrag von 60 Euro gutgeschrieben. Herr Lingner frage sich, wie man dazu kommt. Es seien 29 und keine 60 Euro gewesen, die man überweist. Zu solchen Dingen treten Fragen bei den Bürgern auf.

Auf die von Herrn Lingner erhobene Kritik zu dem Ordnungsruf des Stadtratsvorsitzenden betonte **Herr Dr. Exner**, Herr Lingner habe in seinen ersten Ausführungen eine Behauptung in eine Frage gekleidet. Das zweite angeführte Problem könne er nachvollziehen. Frau Passlack sei anwesend und habe sicher die Frage gehört. Herr Dr. Exner bat sie, sich hierzu mit Herrn Lingner abzustimmen.

Herr Berghäuser richtete sich mit seinen Fragen an die Verwaltung und übergab sie in schriftlicher Form. Sie lauteten:

- Wann erfolgt die Nachpflanzung der gefälltten Bäume in der Friedrich-Schneider-Straße,
- warum wurden die Pflanzscheiben versiegelt,
- weshalb ist beim Deckenschluss des Gehweges nicht wieder der Originalzustand hergestellt worden?

Herr Karsten Kühne, Personalrat des Anhaltischen Theaters Dessau, bezog sich auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters, dass die Theaterleitung beauftragt wurde, ein Gegenkonzept zu erstellen. Der Personalrat unterstütze den Weg, der heißt „Ein neuer Haustarifvertrag, ein lang- oder mittelfristiger Haustarifvertrag für das Anhaltische Theater für die gesamte Laufzeit des nächsten Theatervertrages, voraussichtlich 5 Jahre.“ Damit erhalte die Stadt Planungssicherheit finanzieller Art, die Grundstruktur des Hauses bleibt erhalten. Anpassungen werden nötig sein, das stehe außer Frage, aber betriebsbedingte Kündigungen werden vermieden. Herr Kühne wies darauf hin, dass es mit dem Haustarifvertrag in der Laufzeit bis 2018 allein ca. 40 Altersabgänge im Haus gibt. Mit anderen Faktoren kombiniert, wie erweiterte Bespielung des Hauses mit Gastspielen usw., ist das ein Potenzial. Er bat die Mitglieder des Stadtrates um Unterstützung und vielleicht darüber nachzudenken und bot Gesprächsbereitschaft an.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt. **Herr Dr. Exner** schloss die Einwohnerfragestunde.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Mietspiegel der Stadt Dessau-Roßlau

Vorlage: IV/058/2013/I-OB

Frau Andrich, Fraktion Die Linke, erinnerte, dass 2010 die letzte Fortschreibung der Richtlinie der Kosten der Unterkunft erfolgte. Im Vorfeld der Erarbeitung des Mietspiegels wurde festgelegt, dass die erneute Fortschreibung dieser Richtlinie vorgenommen wird, wenn der Mietspiegel vorliegt. Dieser liegt nun vor und es wurde eine sehr gute Arbeit geleistet, weshalb sie sich bei allen Mitwirkenden bedankte. Die Fortschreibung der Richtlinie der Kosten der Unterkunft sollte nun erfolgen und Frau Andrich beantragte, dies als Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses zu setzen.

Dieser Antrag wurde durch den Vorsitzenden des Stadtrates, **Herrn Dr. Exner**, an den Vorsitzenden des Gesundheits- und Sozialausschusses mit der Bitte um Umsetzung verwiesen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, bezog sich auf das Projekt „Aktiv zur Rente“. Bis zum 31.01.2014 sind die Anträge bei der GSUB in Magdeburg zu stellen. Die Anträge werden nur förmlich geprüft, d. h. ob der Träger in der Lage ist, diesen Antrag auszuführen. Die rein praktische Prüfung ist diesmal der Stadt überlassen, in welche Richtung es gehen soll, welcher Stundenlohn wird gezahlt, mit wie viel Stunden will man je Teilnehmer in Ansatz gehen, welche Maßnahmen sollen durchgeführt werden, sind die KdU-Kosten geprüft worden, die eingespart werden – wenn ja, inwieweit fließen diese in Richtung Träger.

Er erweitere seine Anfrage insofern, wenn man also einen Teil der KdU-Kosten verwendet, um den Träger zu unterstützen, ist es möglich, es gehe um Menschen, die über 50 sind und denen man die Möglichkeit gibt in Arbeit zu kommen, den Stundenlohn so hochzuziehen, dass man in die Nähe des Mindestlohns kommt. In den Beratungen in Magdeburg sind nicht vorgegeben Stundenlöhne von 7,50 €, es sind vorgegeben der unterste Stufensatz Zeitarbeit/Leiharbeit 7,86 €. Je höher man also mit dem Stundenlohn geht, umso mehr KdU-Einsparung habe man als Kommune und der Mitarbeiter hat im Anschluss Anspruch auf ALG I. Mit einem höheren Stundenlohn müsse die Kommune auch keine aufstockenden Leistungen zahlen, dann greife voll das ALG I.

Die Fragen dazu seien: Herr Koschig sei s. W. Mitglied im Lenkungsausschuss des Jobcenters. Wie Herr Eichelberg informiert sei, soll die Kommune entscheiden, welche Maßnahmen durchgeführt werden. Der politische Raum sei bisher nicht beteiligt worden, in anderen Landkreisen sei dies Chefsache und der politische Raum ist beteiligt und im Vorfeld festgelegt worden, dass es Unterstützung gibt vom Landkreis, sprich Nachbarkreis, indem Zuschüsse geliefert werden, so dass der Stundenlohn hochgehen kann. Herr Eichelberg fragte, wie viel Stunden und welcher Stundenlohn angesetzt wurden.

Diese Fragen müssten eigentlich von der Politik mit beantwortet und Vorgaben gemacht werden, was gewollt ist. Herr Eichelberg wies nochmals auf den Termin 31.01. für die Antragstellung hin. Er fragte weiter, wie der Beirat zusammengesetzt ist, wie ist der politische Raum vorher beteiligt worden? In welche Richtung will die Kommune gehen? **Herr Eichelberg** betonte, es könne nicht sein, dass wir 7,50 € ansetzen, da würde er nicht mitgehen. Die Bundesregierung beschließt, dass wir über 8,50 € reden – gelten erst später für den Osten – und wir fangen mit 7,50 € an. Dies könne nicht sein und der politische Raum müsse eine Vorgabe machen.

In seiner Beantwortung erklärte **Herr Oberbürgermeister Koschig**, er sei Vorsitzender der Trägerversammlung der gemeinsamen Einrichtung Jobcenter Dessau-Roßlau. Mit der Sache selbst ist der Beigeordnete Dr. Raschpichler betraut. Als Vorsitzender der Trägerversammlung habe Herr Koschig dies auf die Tagesordnung der nächsten Trägerversammlung setzen lassen. Diese ist im Februar. Ihnen liege noch kein Bericht vor und er könne zur Sache noch nichts beantworten. Herr Dr. Raschpichler werde aber heute nach Beendigung seines auswärtigen Dienstgeschäftes zur Stadtratssitzung hinzukommen und könne aus seiner Sicht sicherlich die Anfragen von Herrn Eichelberg beantworten.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, richtete sich an Herrn Lingner, welcher in der Einwohnerfragestunde aufgetreten war. Dieser habe vielleicht schon erkannt, warum es eine gewisse Unzufriedenheit gibt und warum die Mitglieder seiner Fraktion sich wehren, immer wieder den Schwarzen Peter zugeschoben zu bekommen, wie es der Oberbürgermeister in seiner Neujahrsansprache getan hat. Herr Lingner werde aber im Namen der Fraktion eingeladen, an der Fraktionssitzung am 17. Februar in der Geschäftsstelle der Fraktion teilzunehmen, um diese Themen zu vertiefen.

Weiterhin ging Herr Otto auf die prekäre Situation Kultur und Theater ein. Er könne es nicht verstehen, warum seit dem 18.11.2013 kein Theaterausschuss terminiert wurde. Der nächste planmäßige Termin war am 24.02.2014, ebenfalls erst seit 8 Tagen angesetzt. Dass es gestern einen Termin gab, sei der Initiative des Personalrates zu verdanken. Herr Otto hätte heute aber nachgefragt, wann man sich mit den Fragen des Personalrates beschäftige, sie mit Zahlen untersetze und sie dann ad acta zu legen oder sie weiter zu verfolgen. Es stünden ständig Dinge im Raum, auch bei der Konferenz der Freunde des Dessauer Theaters im Theaterfoyer vor einer Woche wurden Erwartungen geweckt, aber er denke, man müsse sich der Realität stellen und wenn es Möglichkeiten gibt, sie mit der Politik auch diskutieren. Dann müsse es mit Zahlen untersetzt auf den Tisch.

Der Kulturausschuss habe am 05.12.2013 letztmalig getagt und der nächste Termin ist der 20.02.2014, erklärte **Herr Otto**. Es wurde ein Kulturentwicklungsplan mit viel Aufsehen auf den Weg gebracht. Der Oberbürgermeister hat die Kultur und das Theater dem einen Dezenten weggenommen, hat es selbst in seine Regie genommen, mache aber jetzt Frau Nußbeck zur Verhandlungsführerin. Es ist nichts gegen Frau Nußbeck zu sagen, man müsse sich aber nicht wundern, wenn sie über alle Gebühr mit anderen Dingen belastet wird, warum wir noch keinen Haushaltsentwurf, noch keine Jahresrechnung 2011 und 2012 bekommen, um den Oberbürgermeister zu entlasten oder auch nicht. Diese Fragen sollten vom Oberbürgermeister beantwortet werden und warum er all diese Dinge hinauszögert.

Herr OB Koschig führte aus, eine turnusmäßige Theaterausschusssitzung war einmal für Januar vorgesehen, die aber in Abstimmung mit der Theaterleitung auf den 24. Februar verlegt wurde, da man schon voraussehen konnte, dass man den Wirtschaftsplan für das Theater zu dem Zeitpunkt mit großer Sicherheit noch nicht habe. Selbstverständlich war man immer bereit, sofort zu einer dringlichen Sondersitzung einzuladen, wenn aus Magdeburg Neues zu erfahren ist. Dies wurde auch umgehend getan mit der von ihm genannten Sitzung. Die Initiative des Personalrates sei ihm dahingehend nicht bekannt. Er sei jedoch dankbar, dass der Ausschuss komplett bzw. ein Vertreter anwesend war, so dass in großer Runde beraten werden konnte.

Die angesprochene Kulturausschusssitzung wurde abgesetzt. Die Vorsitzende hat in der letzten Sitzung des Ausschusses darüber informiert und turnusmäßig schon zu dem neuen Termin eingeladen. Das ist im Einvernehmen erfolgt. Die vorgesehene Sitzung im Januar war mit den entsprechenden Unterlagen nicht rechtzeitig zu untersetzen.

Um den Theaterausschuss einzuberufen, werde nicht unbedingt ein Wirtschaftsplan benötigt, entgegnete **Herr Otto**. Man müsse sich zu den Dingen, die z. B. der Personalrat schon im Dezember auf den Tisch gelegt hatte, mit der Politik auseinandersetzen. Wenn man sagt und in der Öffentlichkeit verbreitet, man will einen Haustarif beibehalten, bedeutet das, dass die jetzige finanzielle Belastung beibehalten wird und dazu fehlen immer noch die 2,9 Mio. €, die das Land kürzt, oder man muss noch mehr im Haustarif herunterfahren. Über all diese Dinge müsse man diskutieren. Gleiches gilt für den Kulturentwicklungsplan. Man müsse irgendwann weiterkommen, Prioritäten setzen und sich nicht darum herumdrücken. Die Frage, warum der Oberbürgermeister als zuständiger Dezernent nicht selbst die Verhandlungen führt zur Theatersituation, sei allerdings immer noch nicht beantwortet.

Herr Oberbürgermeister Koschig entgegnete, er habe damit die Bürgermeisterin beauftragt und sie habe dies bisher auch in einer hohen Qualität vollzogen.

Auf seinen Beitrag zurückkommend richtete sich **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, nochmals an den Oberbürgermeister. Am 31. Januar 2014 sind die Anträge bei der GSUB zu stellen. Wenn wir heute und jetzt nicht vorgeben, welchen Stundenlohn die Träger als Antrag stellen sollen – und das ist Vorgabe von der Kommune – geht es daneben. Es geht hier um sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, die wir vom Land finanziert bekommen. Es geht um Menschen. Nicht umsonst habe er gesagt, dass dies ringsum im Land in allen Landkreisen Chefsache ist. Hier erwarte Herr Eichelberg eine Antwort.

Defizite in der Information der Bürger sprach **Frau Ehlert, Fraktion Die Linke**, an. In Mosigkau und Kochstedt gibt es nach ihrer Information bei „Ihr Kaufmann“ keine Gelben Säcke mehr. Daraus ergeben sich die Fragen, wie kommen die Einwohner künftig an die Gelben Säcke, ist nur noch eine Abholung in der Stadt möglich.

Ihr zweites Anliegen bezog sich auf die Blauen Tonnen. Diese geben, da der Einwurfschlitz so klein ist, nicht die Möglichkeit, Kartonnagen abgeben zu können. Wo können diese entsorgt werden?

Bezüglich der Grünen Tonnen gibt es ihres Erachtens differenzierende Veröffentlichungen in dem Kalender mit denen im Amtsblatt. Im Kalender wird eine Entsorgung 22 mal, im Amtsblatt 12 mal angegeben. Wenn dazu heute keine Beantwortung möglich ist, sollte dies über Frau Moritz gegebenenfalls über eine Pressemitteilung klargestellt werden.

Frau Moritz, Leiterin des Stadtpflegebetriebes, erläuterte, dass der an alle Haushalte gegebene Abfallratgeber alle Ausgabestellen der Gelben Säcke auf der vorletzten Seite aufführt. Diese Verkaufsstellen werden natürlich auch mit Gelben Säcken ausgestattet. Dennoch werde sich Frau Moritz nochmals mit dem Beauftragten der DHL in Verbindung setzen, ob es Belieferungsprobleme gibt.

Neben den Abgabestellen auf den Wertstoffplätzen gibt es die Möglichkeit der Entsorgung von Kartonnagen in den Blauen Tonnen und auch direkt auf der Deponie. Die kleineren Einwurfschlitze sind darin begründet, dass die Kartonnagen zerkleinert werden sollen, damit sie nicht zu viel Volumen in dem Container einnehmen und auch eine Sortierung erreicht wird. Es wurde nämlich festgestellt, dass Bürger leider so unvernünftig sind und den Inhalt der Gelben Säcke in die Blauen Container werfen. Das Altpapier muss aber möglichst sortenrein zur Verfügung gestellt werden, ansonsten werden keine Verwertungserlöse erzielt, die ja auch wieder dem Gebührenzahler zugutekommen.

Die Unstimmigkeit hinsichtlich der Grünen Tonne könne Frau Moritz im Moment nicht nachvollziehen, da ihr das Amtsblatt jetzt nicht vorliegt. Sie werde dies aber kurzfristig prüfen und ggf. über die MZ eine kurze Pressemitteilung geben.

Eine Anfrage an den Stadtratsvorsitzenden Dr. Exner stellte **Herr Gebhardt, SPD-Fraktion**. Im März vorigen Jahres habe er ihm schriftlich mitgeteilt, eine Teilnahmepflicht an der Stadtratssitzung zu haben. Gegenstand war sein Fernbleiben bei der Sondersitzung am 6. März 2013. Allerdings sei Herrn Gebhardt aufgefallen, dass der Neonazi Ingmar Knop hier seit längerer Zeit, über einen Zeitraum von 1 ½ Jahren, immer als fehlend ausgewiesen wird. Aus diesem Grunde frage er, wie viel Briefe dieser von Herrn Dr. Exner mit dem Hinweis auf § 52 unserer Gemeindeordnung schon bekommen habe und was er gedenke zu tun.

Das von Herrn Gebhardt angesprochene Schreiben hatte den Hintergrund, dass es hier von Stadträten die Überlegung gab, durch Nichterscheinen Stadtratsentscheidungen nicht möglich zu machen, erwiderte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner**. Deshalb habe er eine Reihe von Stadträten darauf hingewiesen, dass es eine Pflicht ist, an den Stadtratssitzungen teilzunehmen und auch das Mandat wahrzunehmen. Was Herrn Knop angehe, müsse er sagen, dass dieser von der Bürgerschaft entsprechend gewählt wurde. Ob es sinnvoll wäre ihn aufzufordern, an den Sitzungen teilzunehmen, ist eine andere Frage. Er halte es nicht für sinnvoll, ihm die Möglichkeit zu geben, hier seinem Gedankengut eine Plattform zu geben.

Frau Angela Müller, SPD-Fraktion, richtete die Frage an die Verwaltung, wie viele Menschen es in unserer Stadt aus den östlichen früheren sozialistischen Ländern, sprich Bulgarien und Rumänien gibt. Sie unterbreitete ferner den Vorschlag, in Zusammenarbeit mit dem Integrationskoordinator und dem Ausländerbeauftragten und je eines Mitgliedes jeder Fraktion ein evtl. vierteljährliches Treffen zu organisieren, damit diese das Gefühl haben, dass sie bei uns willkommen sind und den Rechten damit eine Stirn zu bieten. Sie selbst sei bereit, seitens der SPD-Fraktion mitzuarbeiten.

Des Weiteren sprach Frau Müller an, dass jeder Bürger verpflichtet sei, vor seiner Haustür den Winterdienst auszuführen, wenn er dies nicht tut, wird er mit einer Geldbuße belegt. Sie frage sich nun, sie wohne in der Vogelsiedlung in Törten, wer für die Nebenstraßen zuständig ist. Diese Straßen sind mittlerweile die reinste Glatteisbahnen und sie bitte darum, dass hier etwas unternommen wird.

Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, berichtete bezüglich der Ausführungen von Herrn Eichelberg aus dem Sozialausschuss. Die angesprochene Thematik Arbeitsmarktpolitik sei sehr wohl im Sozialausschuss angesprochen worden, was ihm soeben auch von Herrn Puttkammer aus der CDU-Fraktion bestätigt wurde. Der Ausschussvorsitzende des Sozialausschusses gehöre der SPD an, ebenso wie der Sozialdezernent. Das Thema sei aber im Sozialausschuss nicht weiter behandelt worden und Herr Busch wolle hier ausdrücklich darüber informieren, dass eine Sitzung des Sozialausschusses seit Oktober letzten Jahres abgesagt worden ist, weil angeblich keine Themen vorliegen. Er wolle deshalb Herrn Eichelberg raten, bevor er den Hauptverwaltungsbeamten kritisiere, einfach einmal Kommunalpolitik zu machen.

An den Vorsitzenden des Stadtrates richtete sich **Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke**. Wie bekannt ist, sei Dr. Exner OB-Kandidat für die Wahlen im Mai. Das Amt des Vorsitzenden des Stadtrates ist ein der Neutralität verpflichtetes Amt gem. Hauptsatzung und Geschäftsordnung. An bestimmten Stellen habe man Ansätze erfahren müssen, wo dies manchmal zu hinterfragen war. Aus diesem Grunde bat Herr Schöнемann, dass Herr Dr. Exner evtl. mit seinen Fraktionskollegen abklären möge, inwieweit er für den Zeitraum der Kandidatur auf die Funktion des Vorsitzenden des Stadtrates verzichten und sich durch einen Kollegen aus der Fraktion vertreten lassen könnte. Somit sei er in der Lage auch Wahlkampf zu machen, aber als Vorsitzender des Stadtrates sei ihm dies eigentlich nicht ermöglicht. Insofern würde er sich freuen, wenn Herr Dr. Exner der Frage oder Bitte nachkommt.

Herr Dr. Exner versicherte, da er seit 20 Jahren im Präsidium des Stadtrates arbeite, denke er, auch immer neutral den Stadtrat geführt zu haben. Auch in den letzten Wochen und Monaten habe und werde er dies aus seiner Sicht so halten. Er achte darauf, dass ihm nicht der Vorwurf gemacht wird, in irgendeiner Form dieses Amt zu beschädigen, betonte Herr Dr. Exner nochmals.

Anknüpfend an die Ausführungen von Herrn Eichelberg und Herrn Busch bestätigte **Frau Stöbe, Fraktion Die Linke**, zunächst, dass die letzte Sitzung des Sozialausschusses aus den genannten Gründen nicht stattfand. Deshalb würden auch einige Fragen, die in diesem Gremium hätten geklärt werden können, an dieser Stelle aufgeworfen.

Ihre Anfrage stellte sie an das Dezernat V, vor allem zu „Wie weiter mit Bürgerarbeit und erweitert um Sozialarbeit in der Stadt Dessau-Roßlau“. Von dem Einsatz der Bürgerarbeiter partizipiere auch die Stadt, vor allem in den Schulen. Ihres Wissens werde diesen Bürgern eine hohe Einsatzbereitschaft bescheinigt, aber es werde nun dazu kommen, dass sie an diesem Ort nicht weiterbeschäftigt werden können. Es erhebt sich die Frage, gibt es seitens der Stadt Gespräche, Initiativen oder Überlegungen mit dem Jobcenter, wie es weitergehen kann. Hierzu bitte sie entweder um schriftliche Beantwortung oder um die Aufnahme des Themas in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Sozialausschusses.

Eine andere Frage beziehe sich auf die Schulsozialarbeiter, die sich aus dem Bildungs- und Teilhabepaket mit finanzieren. Wie ist der Stand der Evaluierung, die im Moment stattfinden soll, wann liegen hier Ergebnisse vor?

Er habe gestern im Mdr eine Aussage gehört, dass der Bundesverkehrswegeplan im nächsten Jahr fortgeschrieben werden soll, merkte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, an. Im Mdr wurden Umgehungsstraßen in Sachsen-Anhalt genannt, die dort enthalten sind und hohe Priorität des Landes genießen. Herr Otto habe aber nichts von der Ortsumgehung Roßlau oder von der Ortsumgehung Mosigkau gehört. Deshalb frage er, welche Initiativen es in den letzten Jahren gegeben hat, wie ist der aktuelle Stand und welche Priorität haben wir. Die Beantwortung könne in der nächsten Sitzung des Bauausschusses erfolgen. **Herr Beigeordneter Hantusch** sagte dies zu.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, stellte an Herrn Busch gerichtet klar, in Dessau gebe es eine gemeinsame Einrichtung Jobcenter. Sowohl die Stadt ist vertreten als auch die Agentur. Solche Maßnahmen können nur in Abstimmung mit dem Jobcenter stattfinden, d. h. der Lenkungsausschuss wäre das erste richtige Gremium gewesen. Er denke, den Mitgliedern, die vorher aus dem Stadtrat im Lenkungsausschuss waren, wäre es nicht passiert. Zweitens gebe er Herrn Busch zum Teil Recht, natürlich hätte auch eine Information in Richtung Sozialausschuss gehen müssen. Er habe gesagt, der politische Raum ist zu beteiligen, was es anscheinend nicht gegeben hat. Das liege aber nicht an dem Ausschussvorsitzenden, sondern dazu müsse man klären, welcher obere Verwaltungsbeamte gesagt hat, man habe nicht genug Themen. Herr Eichelberg betonte nochmals, man müsse heute etwas tun.

Zu der Frage Bürgerarbeit könne er eigentlich eine Antwort geben: Natürlich können die Mitarbeiter aus der Bürgerarbeit auch in „Aktiv zur Rente“ hineingehen. Das sei geprüft worden, allerdings nicht hier. Man muss aber schnell zum Ende kommen, sonst funktioniert es mit den Trägeranträgen nicht. Die Kommune müsse auch vorgeben, welche Ziele dahinterstehen. Es muss immer in Abstimmung mit dem Jobcenter erfolgen. Es gehe doch darum, Kunden wieder auf den 1. Arbeitsmarkt zu bringen, in „sozialversicherungspflichtige Beschäftigung“ zu vermitteln. Dies sei hier anscheinend nicht passiert. Und es ist schade, wenn uns das Land Geld zur Verfügung stellt, dies nicht zu nutzen. Es müsse heute schon gerechnet werden, wie viel KdU-Einsparung dadurch entsteht (pro Teilnehmer 120,- €). Was macht man damit, kann dieses Geld vielleicht teilweise wieder eingesetzt werden, dass ein höherer Stundenlohn gezahlt werden kann? Solche Dinge müssen in der Lenkungsrunde besprochen werden und ist in der Vergangenheit besprochen worden, als er selbst und Herr Hoffmann noch dort waren. Aus diesem Grunde ist es Aufgabe des Obersten Verwaltungsbeamten, wenn er in der Lenkungsrunde sitzt. Natürlich ist es richtig, dass es mit dem Beigeordneten abgesprochen werden und die Information an den Sozialausschuss gehen muss.

Frau Sanftenberg, Fraktion Die Linke, fragte, welche Kosten für die neue Amtskette des Oberbürgermeisters entstanden sind.

Die Kette sei eine Stiftung der Stadtparkasse Dessau und ist eine Dauerleihgabe, beantwortete **Herr OB Koschig** diese Frage. Der Stadt selbst sind keine Kosten entstanden.

Nach seiner Kenntnis sind die städtischen Vertreter im Lenkungsausschuss des Jobcenters der Sozialdezernent und der Oberbürgermeister, merkte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, zum vorangegangenen Thema an. Wenn dies so richtig ist, bitte er um Bestätigung und dann hätte genau das Thema im Sozialausschuss diskutiert werden können. Es sei jedoch unfair, zwei Tage vor dem Termin dies anzumahnen und zu sagen, was versäumt wurde.

Er empfinde es als traurig, wenn der Fraktionsvorsitzende der SPD dieses Gremium heute nutzt, um sein Wissen kundzutun, welches er offenbar schon länger hat, dass die Stadt noch nichts unternommen hat, brachte **Herr Trocha, CDU-Fraktion**, zum Ausdruck. Es wäre Zeit gewesen, dies im Haupt- und Personalausschuss anzusprechen oder eine Sondersitzung des Sozialausschusses einzuberufen.

Herr Oberbürgermeister Koschig merkte an, mit dem Begriff „Lenkungsausschuss“ momentan nichts anfangen zu können. Es gibt eine Trägerversammlung, die gemeinsame Einrichtung Jobcenter Dessau-Roßlau, die mit 6 Personen besetzt ist. Vorsitzender ist der OB, für die Stadt ist noch die Beigeordnete Bürgermeisterin Nußbeck und der Beigeordnete Dr. Raschpichler vertreten, weiterhin Frau Sabine Edner von der BA Agentur für Arbeit, Frau Schlauch und Herr Ihmels von der Bundesagentur. Daneben gibt es noch einen Beirat, in dem Politiker sind. Zu dessen Besetzung könne er jetzt nichts sagen.

Zu diesem Zeitpunkt der Sitzung des Stadtrates traf **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler** ein und wurde kurz über die bisherige Debatte informiert. Er führte daraufhin aus, bis zum Freitagmittag müssen die Anträge über die Träger gestellt sein. Dies wurde entsprechend veranlasst. Das gesamte Paket gehe dann zur IB-Bank und der Stadt werden bis zum 22. Februar die durch die Bank geprüften förderfähigen Maßnahmen mitgeteilt. In der nächsten Woche werde im Jobcenter zum Umfang und zu der Zielrichtung der eingereichten Anträge durch die Träger informiert. Er vermute, dass nicht alle eingereichten Anträge die Kriterien der IB-Bank erfüllen und eine kleine Reduzierung stattfinden wird. Am 25. Februar tritt der Sozialausschuss zusammen, wo umfassend informiert wird. Man gehe davon aus, dass die Entscheidung zu den einzelnen Maßnahmen auf der Grundlage der Rückinformation von der IB-Bank dann auch durch den Beirat des Jobcenters entsprechend begleitet wird. Dies sei bisher auch immer erfolgt. Herr Dr. Raschpichler denke, man sei gut aufgestellt und müs-

se sehen, dass das zur Verfügung gestellte Geld auch gut in der Region ankomme, wovon er ausgehe.

Zur Nachfrage von Herrn Eichelberg, welcher Stundenlohn angesetzt wurde und ob die KdU-Kosten eingerechnet wurden, erklärte Herr Dr. Raschpichler, dies wären 8,50 € und die KdU-Kosten können erst dann gerechnet werden, wenn bekannt ist, welcher Teilnehmer individualbezogen mit welchen KdU-Anforderungen kommt. Dann werde es natürlich hochgerechnet.

Abschließend erklärte **Herr Eichelberg**, der Gedanke sei der, wenn evtl. die Stadt KdU-Einsparungen hat, dass dann im Ausschuss die Empfehlung gegeben wird, diese zumindest anteilmäßig zu nutzen und dem Träger etwas zukommen zu lassen, damit die Ausstattung des Trägers so gut ist, dass die Maßnahmen auch umgesetzt werden können. Diese Anregung von Herrn Eichelberg nahm **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler** auf. Er fügte hinzu, dass ja auch nachgewiesen wurde, dass durch die wirklich gute Kooperation mit dem Jobcenter und die Auswahl ganz bestimmter Bedarfsgemeinschaften und betroffener Personen in der Tat bei KommunalKombi, Bürgerarbeit und jetzt auch „Aktiv zur RentePlus“ KdU-Kosten nicht nur gespart wurden, man habe auch einen kleinen Überschuss erzielt. Wir wollen diesen natürlich auch im System lassen. Wenn sich bei den Trägern abzeichnet, dass die Sachkosten in irgendeiner Form nicht reichen und sie mit den öffentlich bereitgestellten Mitteln nicht auskömmlich arbeiten können, bestehe die Möglichkeit, diese aufzustocken. Er erinnerte hier an die im letzten Jahr beschlossene Richtlinie, die uns dazu in die Lage versetzt. Inwieweit wir hier die KdU-Mittel nehmen, müsse mit der Kämmerei abgestimmt werden. Es werde aber auf jeden Fall eine Möglichkeit gefunden, wenn es so gewollt ist, dass auch dieses Geld im System bleibt.

Er hatte heute vom Oberbürgermeister eine Information erhofft, führte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, aus. Im letzten Finanzausschuss wurde im Rahmen der Diskussion nach dem Stand der Stellungnahmen der Verwaltung zu den Jahresrechnungen der Jahre 2011 und 2012 gefragt. Es sei ein absolutes Novum, dass über zwei Jahre hinweg eine solche Rechnung nicht vorliegt, es wurde nicht einmal die Jahresrechnung 2011 mit der Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes und die bisherige Stellungnahme des OB als Diskussionsentwurf übergeben. Deshalb könne er nicht nachvollziehen, wenn der Oberbürgermeister auf die Frage von Herrn Otto, warum er die Verhandlungen mit dem Theater nicht geführt habe, sagte, dass dies Frau Nußbeck tut – das ist korrekt und erfolgt auch mit einem sehr hohen Engagement, wofür ihr an der Stelle bis zum jetzigen Zeitpunkt gedankt werde. Dies beantworte aber nicht die Frage, warum er diese Verhandlungen nicht selbst führt, nachdem er das zuständige Dezernat in seinen Hoheitsbereich gezogen hat.

An dieser Stelle mahnte **Herr Bönecke** nochmals an, er wisse, dass Frau Nußbeck dies kaum bewältigen könne, zumindest was das Jahr 2012 angeht, doch es könne nicht sein, dass der Stadtrat nicht die Möglichkeit hat, drei ganze Jahre abschließend in der Haushaltsführung zu beurteilen, zu würdigen und über die Entlastung oder Nichtentlastung des Oberbürgermeisters zu entscheiden. Zum Ende Juni beendet der Stadtrat, der diese Perioden begleitet hat, seine Tätigkeit und ein neu gewählter Stadtrat nimmt seine Tätigkeit auf. Drei ganze Jahre werden diesem Haus der endgültigen Würdigung der Haushaltsführung entzogen. Wenn die Stadträte dies mit sich machen lassen, ist es ihr Problem. Er habe es im Finanzausschuss angesprochen und um eine Stellungnahme bis zum heutigen Tage gebeten, die er nicht erhalten hat.

Deshalb spreche **Herr Bönecke** es hier nochmals an und fordere den OB auf, dafür Sorge zu tragen, dass auf jeden Fall das Jahr 2012 diesem amtierenden Stadtrat noch zur Entscheidung vorgelegt wird.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck entgegnete, bereits im Finanzausschuss darauf geantwortet zu haben. Das Jahr 2011 ist schon in der Prüfung und es liegt schon alles vor. Sie gehe davon aus, dass noch vor Ende dieser Wahlperiode dem Stadtrat die Entscheidung zur Entlastung vorgelegt wird. Für das Jahr 2012 liege es wirklich am Finanzdezernat, wozu sie im

Ausschuss die Gründe bereits dargestellt hatte. Hierzu wolle Frau Nußbeck jedoch eine Lanze für die Kämmerei brechen, denn diese habe die Doppik eingeführt, parallel werde an der Eröffnungsbilanz, an den Bewertungsunterlagen, an einem Jahresabschluss 2012, am Abschluss 2013, an einem Haushalt 2014, an der Einführung einer völlig neuen Abfallsatzung mit neuem Gebühren- und Tarifsysteem, an der Einführung von SEPA gearbeitet.

Frau Nußbeck müsse Prioritäten setzen und bitte um Verständnis. Es ist nie möglich, dass eine Legislaturperiode vollkommen abschließend über die Handlungen der Vorperiode entscheiden kann. Ohnehin werde der Jahresabschluss von 2013 dem neuen Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden müssen. Sie bitte um Verständnis, dass auch für das Jahr 2012 nicht die Zusage für diesen amtierenden Stadtrat gegeben werden kann.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** schloss den Tagesordnungspunkt.

7 Beschlussfassungen

7.1 Niederlegung des Stadtratsmandates durch Herrn Harald Laue Vorlage: BV/009/2014/V-StR

Der Stadtrat stellte die Niederlegung des Mandates fest.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

7.2 Niederlegung des Stadtratsmandates durch Frau Isolde Grabner Vorlage: BV/010/2014/V-StR

Der Stadtrat stellte die Niederlegung des Mandates fest.

Abstimmungsergebnis: 43:00:01

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, richtete sich an das heute auscheidende Mitglied des Stadtrates und auch seiner Fraktion, **Frau Isolde Grabner**. Er sprach ihr herzlichen Dank aus für die in den letzten 7 Jahren von ihr geleistete Arbeit und führte Schwerpunkte dieser an. So setzte sie sich engagiert für das Quartier Am Leipziger Tor/Innerstädtisch Süd ein, wobei er vor allem den Kampf um die sozialen Belange, die „Kleine Arche“ und das Bürgerzentrum in der alten Heideschule benannte, das dann leider nicht zustande kam. Das Verdienst von Frau Grabner sei aber, dass dieses Quartier deutlich mehr als bisher in die städtische Öffentlichkeit rückte.

Des Weiteren würdigte Herr Giese-Rehm das Engagement von Frau Grabner im Jugendhilfeausschuss, im Betriebsausschuss der DEKITA und des Städtischen Klinikums. Er erinnerte daran, dass sie in dieser Zeit drei Kindern das Leben schenkte und ihr Tätigkeitsfeld sich auch beruflich erweiterte durch die Übernahme einer zweiten Apotheke. All dies habe sie auch bewältigen können durch die Unterstützung ihres Mannes, dem hier auch zu danken ist. Herr Giese-Rehm danke Frau Grabner ebenfalls, dass sie weiterhin für die Fraktion im Jugendhilfeausschuss arbeiten wird.

Für das weitere Leben, im beruflichen und privaten Bereich wünschte Herr Giese-Rehm viel Erfolg und Zuversicht.

Den Glückwünschen **an Frau Grabner** schloss sich im Namen des gesamten Stadtrates auch **Herr Dr. Exner** an, welche er ebenso **an Herrn Laue** richtete, welcher heute nicht anwesend sein konnte.

7.3 Netzwerkinitiative zum 8. März 2014

Herr Dr. Exner vermerkte zu Beginn, dass zur Thematik zwei Beschlussanträge vorliegen. Die Einreicher seien zwischenzeitlich zu einer gemeinsamen Fassung der Anträge gekommen, um dem Gesamtanliegen Geltung verschaffen zu können.

Der **Beschlussvorschlag aus der BV 012/2014** – TOP 7.3.2 - beginnend mit „Wir, die Stadträte aller Fraktionen ...“ bis „Bringen Sie sich ...friedlich in den Protest ein.“ wird **in die Begründung der BV 016/2014** – TOP 7.3.1 – **eingefügt** vor dem letzten Satz „Treten wir für eine friedliche, weltoffene und demokratische Stadt ein.“

Die Begründung insgesamt soll zum Aufruf erhoben werden.

Damit entspreche man der Bitte des Netzwerkes Gelebte Demokratie, die an ihn herangetragen wurde, dass sich der Stadtrat damit befassen möge. Bedenken hatte Herr Dr. Exner nur dahingehend, dass jedes einzelne Mitglied des Stadtrates zur Teilnahme verpflichtet werden sollte. Zum Anliegen selbst bestehen keine anderen Auffassungen.

Die Neufassung der BV/016/2014 wurde durch den Stadtratsvorsitzenden zur Abstimmung gestellt.

7.3.1 Unterstützung der Initiative des Netzwerkes Gelebte Demokratie Vorlage: BV/016/2014/V-StR

Der Beschluss wurde in der geänderten Fassung einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

7.3.2 Erklärung des Stadtrates Vorlage: BV/012/2014/Linke

Der Stadtrat fasste den Beschluss, den Beschlussvorschlag in die Begründung zur BV/016/2014 einzufügen.

Abstimmungsergebnis: s. Ergebnis zur BV 016/2014

7.4 Stellenausschreibung der hauptamtlichen Stelle der/des Oberbürgermeisterin/Oberbürgermeisters der Stadt Dessau-Roßlau sowie die Festsetzung des Endes der Frist zur Einreichung schriftlicher Bewerbungen für dieses Amt Vorlage: BV/003/2014/I-07

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, wies darauf hin, dass in den den Stadträten übersandten Unterlagen zur Vorlage die Seite 2 der Anlage 2 fehlt.

Da es sich um einen Fehler beim Kopieren dieser Anlage 2 handelt, werde dieser sofort geheilt und die betreffende Anlage komplett nochmals ausgeteilt, sagte **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** zu.

Die Behandlung des TOP wurde zurückgestellt und nach dem Austeilen der Anlage fortgesetzt (nach dem TOP 7.11).

In der Fortsetzung der Beratung erklärte **Herr Schönemann**, er lege Wert darauf, dass die Beschlussvorlage jetzt nach Ergänzung der Anlage 2 durch den Stadtrat ausdrücklich akzeptiert wird, damit ein Beschluss juristisch nicht anfechtbar wird.

Die Vorlage habe im Haupt- und Personalausschuss in der kompletten Fassung vorgelegen, merkte **Herr Maloszyk, FDP-Fraktion**, an. Die heute erforderliche Nachbesserung sei durchaus als akzeptabel anzusehen.

Von **Herrn Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurde die Nachfrage gestellt, zu welcher Uhrzeit die Einreichungsfrist ende, da es hier keine einheitlichen Aussagen gebe.

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner bat den Leiter des Rechtsamtes, Herrn Westhagemann, um eine klare Aussage, dass keinerlei Bedenken hinsichtlich der Form und Frist der Vorlage des Beschlussantrages bestehen. **Herr Westhagemann** erklärte, er sehe nicht, dass die Rechtzeitigkeit der Einreichung dadurch infrage gestellt wird. In der Vergangenheit habe es bereits Fälle gegeben, dass aufgrund von Kopierfehlern eine Seite fehlte. Hier sei nie die Frage gestellt worden. Es gehe auch nicht um bedeutsame Sachverhalte, die die Vorlage geändert hätten. Das betreffe erst recht nicht die Uhrzeit, diese müsse aber klargestellt werden.

Nach Klärung merkte der **Oberbürgermeister** an, in den Text der Stellenausschreibung soll eine Einfügung vorgenommen werden. Der entsprechende Passus lautet nunmehr: „Bis spätestens zum 28. April 2014, **18.00 Uhr**, sind die schriftlichen Bewerbungen einzureichen...“.

Der Beschlussvorschlag wurde unverändert angenommen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:02

7.5 Wirtschaftsplan 2014 des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten (DeKiTa) **Vorlage: BV/361/2013/IV-DKT**

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

7.6 Vorschlagsliste für den Anstaltsbeirat der JVA **Vorlage: BV/388/2013/II-30**

Es erfolgten nachträgliche Meldungen seitens der Fraktionen. Somit ist in der Anlage 3 die Vorschlagsliste für den Anstaltsbeirat der Justizvollzugsanstalt Dessau-Roßlau wie folgt zu ergänzen:

- Herr Stefan Giese-Rehm (Vorschlag der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen)
- Herr Klaus Tonndorf (Vorschlag der Fraktion NEUES FORUM).

Der Beschluss zur Vorlage wurde mit Ergänzungen in der Anlage 3 mehrheitlich gefasst.

Abstimmungsergebnis: 42:00:02

7.7 Erneute Beschlussfassung aufgrund des Widerspruchs des OB: **Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 220** **"Ausstellungszentrum für das Bauhaus"** **Vorlage: BV/346/2013/VI-61**

In seiner Einführung stellte **Herr Beigeordneter Hantusch** nochmals dar, weshalb der Oberbürgermeister in Widerspruch zu dem am 11. Dezember 2013 gefassten

Beschluss gehen musste und die Verwaltung nunmehr auch einen Änderungsantrag auf die heutige Tagesordnung setzte.

Um keine weitere Zeit zu verlieren, habe sich die Verwaltung mit dem Stiftungsrat Bauhaus einen Termin vereinbart und dann am 7. Januar in einem konstruktiven Gespräch Lösungen gesucht und auch gefunden. Der Stiftungsrat sei von seinem ersten Entwurf einer Eckbebauung erst einmal abgewichen und habe erklärt, sich auch einen Baukörper für das Bauhausmuseum vorstellen zu können, der entlang der Kavalierstraße geführt wird. Deshalb wurde in Abstimmung der Planungsbereich verlängert, wobei das dort befindliche OdF-Denkmal mit einbezogen wurde. Weiterhin habe man sich verständigt, Ende April einen Workshop durchzuführen, um zu sehen, wie ein Baukörper in dieses Baufeld eingepasst werden soll. Seines Erachtens wurde ein sehr guter Kompromiss gefunden, erklärte Herr Hantusch, weshalb die Verwaltung diesen Änderungsantrag vorgelegt hat und um Zustimmung bittet.

Das OdF-Denkmal ist von der Qualität her sehr hoch angesiedelt, merkte **Herr Beigeordneter Hantusch** an, man wisse aber, dass es nicht in einem baulich guten Zustand ist. Sollte der Vorschlag kommen, dieses Baufeld so zu platzieren und das OdF-Denkmal zu verlegen, so müsse es an exponierter Stelle in der Stadt aufgestellt werden. Dies sei für alle eine Herausforderung, wir haben dann aber die Möglichkeit, das OdF-Denkmal in einem besseren baulichen Zustand wieder zu errichten. Dies nannte Herr Hantusch als Perspektive, der Stadtrat würde jedoch im laufenden Prozess informiert.

In diesem Zusammenhang bewegen **Herrn Schöнемann, Fraktion Die Linke**, die Bedenken, dass mit der Ausweitung des Geltungsbereiches natürlich Diskussionen entstehen werden. Aus diesem Grunde sollten die Dinge, die zu beachten sind, also Erschließung, Rettungswege usw. besser dargestellt werden. Die Gesamtfläche des Stadtparkes werde nicht unwesentlich einbezogen, insofern könnte es bei der Akzeptanz des Standortes in der Bevölkerung zu Verwerfungen kommen.

Weiterhin fügte Herr Schöнемann eine Bitte an, es müsse möglich sein, dass es zukünftig zu solchen Pannen nicht mehr kommt. Die Fraktion habe analysiert, warum es zu diesem Widerspruch gekommen ist. Die Ursache liege darin, dass der Antrag von Herrn Busch in der letzten Sitzung weder schriftlich noch in der entsprechenden Form vorlag. Damit war er rein praktisch gemäß Geschäftsordnung und Hauptsatzung nicht abstimmungsfähig. Heute habe man an einem anderen Beispiel deutlich gemacht, dass man ein Dokument ergänzen kann.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, stellte namens seiner Fraktion den **Antrag**, in der Vorlage einen Punkt 5 einzufügen, in dem es heißt

„In den geplanten Workshop sind vorwiegend Dessau-Roßlauer Planungsbüros einzubeziehen. Die Ergebnisse sind durch den Bauausschuss zu diskutieren und zu bestätigen.“

Auf die dargestellte Fläche nördlich vom Teehäuschen verweisend, erinnerte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an das dort befindliche inzwischen auch an Gedenktagen gut besuchte Denkmal für Alberto Adriano. Dies sollte in die Überlegungen einbezogen werden. Weiterhin wurde gesagt, dass nach dem Workshop, der im April über die grundsätzlichen Dinge nachdenkt, eine Baufeldbegrenzung stattfinden soll. Ihm scheine dies etwas vorzeitig, wenn man noch nicht weiß,

welcher Baukörper sich dort befinden soll. Dieser Punkt sollte tatsächlich bis zur dann erfolgenden Planung zurückgestellt werden.

Auf Bitte des Beigeordneten Hantusch erhielt **Frau Jahn, Stadtplanungsamt**, das Wort. Sie bezog sich auf den Antrag von Herrn Otto. Dem Wunsch, Dessauer Planer zu verwenden, könne nicht so gefolgt werden. Aufgrund der Größe des Vorhabens und des Vergabegesetzes in Sachsen-Anhalt sei man zur Ausschreibung gezwungen und es ist nicht bekannt, ob der Bauleitplaner ein Dessauer Planer sein wird. Hier warf **Herr Otto** richtigstellend ein, dass es um die Mitarbeit im Workshop geht. **Frau Jahn** merkte an, dass seitens des Bauhauses ebenfalls Planer bereitgestellt werden. Hier könne die Bitte an das Bauhaus weitergetragen werden. Was den Bauleitplaner betreffe, müsse man aber über eine Ausschreibung gehen. Der weitere Beschlusspunkt soll erfüllt werden und ist schon in der Zeitplanung berücksichtigt.

Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion, führte aus, zum Standort des Bauhausmuseums sei in der letzten Stadtratssitzung diskutiert und eine Entscheidung getroffen worden. Er verwies auf die Gründe, warum es heute zur Wiedervorlage und erneuten Abstimmung darüber kommen musste. Am Abstimmungsergebnis werde sich nichts ändern. Die Argumente zum Thema haben sich nicht verändert und er habe sich bereits deutlich positioniert. Er sei ein vehementer Gegner der Bebauung des Stadtparkes, aber nicht des Bauhauses.

Da bekannt ist, dass sich die Bebauung gravierend auf das Zentrum des Stadtteiles Dessau und gleichzeitig generationsübergreifend nachhaltig auswirkt, sollte heute nachgeholt werden, was bisher versäumt wurde. Er denke, die Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, welche Stadträtin und welcher Stadtrat für diese Beschlussfassung Ja oder Nein gesagt hat. Deshalb stelle Herr Dreibrodt den Antrag auf **namentliche Abstimmung** zur Vorlage.

Auch an seinem Abstimmungsverhalten werde sich gegenüber der Abstimmung zur Vorlage in der letzten Stadtratssitzung nichts ändern, legte **Herr Maloszyk, FDP-Fraktion**, dar. Er bleibe bei seinem Nein. Ob eine namentliche Abstimmung erforderlich ist, sei für ihn unerheblich, ihm reiche eine namentliche Erwähnung im Protokoll.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, merkte an, es werde in der Argumentation hier etwas zugespitzt. Es sei nicht so, dass der Stadtpark bebaut wird. Hier muss richtig gestellt werden, es geht um eine bauliche Lösung zur Implantierung des Ausstellungszentrums an der Kante des Stadtparkes in den jetzt ausgewiesenen Geltungsbereich.

Sollte es heute zu einem Beschluss kommen, werde natürlich in der Veröffentlichung explizit darauf hingewiesen, wie der Baukörper aussehen könnte bzw. dass nicht der gesamte Stadtpark davon betroffen ist, betonte **Herr Beigeordneter Hantusch**.

Zu dem Änderungsantrag der Fraktion Pro Dessau-Roßlau intervenierte er, dass dieser, wenn er beschlossen würde, nicht umsetzbar sei.

Es gehe um eine „vorwiegende Beteiligung“ erklärte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner**, weshalb er dies nicht erkennen könne.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, sah ebenfalls dieses Problem nicht, da auch in der Vorlage stehe, dass „die Aufgabe des Vorentwurfs dient folgenden

Zielen und Zwecken: ...Schaffung der erforderlichen Grundlagen für den Workshop von Architekten und Bauleitplanern“. Es gehe nicht um die Ausschreibung desjenigen, der tatsächlich plant. Dafür ist keine Ausschreibung erforderlich.

Darauf entgegnete **Frau Jahn**, dass dennoch eine Ausschreibung erfolgen muss. Es ist geplant, um die Kosten zu minimieren, in diesem Workshop den Bauleitplaner und seine Gutachter, den die Stadt nach Beschlussfassung heute ausschreiben muss, zu beteiligen. Weitere Planer stellt die Stiftung Bauhaus, die wir nicht beeinflussen können, und die Finanzierung über das Land zur Verfügung.

Da der Wortlaut „vorwiegend einzubeziehen“ andere nicht ausschließe, sah **Herr Dr. Exner** keinen Anlass, dass es ein rechtswidriger Beschluss wäre. Man solle sich aber Gedanken machen, dass hier Dessauer einbezogen werden, was legitim sei. Herr Dr. Exner brachte daraufhin den Antrag zur Abstimmung.

Der **Änderungsantrag**, in den Beschlussvorschlag den Punkt 5 aufzunehmen, wurde mehrheitlich **angenommen** (22:18:02). Er lautet wie folgt:

5. In den geplanten Workshop sind vorwiegend Dessau-Roßlauer Planungsbüros einzubeziehen. Die Ergebnisse sind durch den Bauausschuss zu diskutieren und zu bestätigen.

Der **Antrag auf namentliche Abstimmung** der Beschlussvorlage wurde bei 7 Fürstimmen und 7 Enthaltungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Die Vorlage wurde mit der Ergänzung des Punktes 5 mehrheitlich beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 41:02:01

7.8 **Aufstellungsbeschluss 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 212 "Klinik- und Gesundheitszentrum"** Vorlage: BV/377/2013/VI-61

Der Beschluss zur Aufstellung wurde mehrheitlich gefasst.
Abstimmungsergebnis: 43:00:01

7.9 **Beschluss zur Ausstattung der Schwimmhalle in Dessau-Roßlau als Neubauprojekt** Vorlage: BV/015/2014/CDU

Seitens des Einreichers wurde ein geänderter Beschlussvorschlag ausgereicht und durch **Herrn Trocha, CDU-Fraktion**, verlesen. Diese Änderungen bezogen sich auf die Punkte 2 und 6 der Vorlage. Des Weiteren ist in der Begründung, dritter Absatz, das Wort „vier“ zu ersetzen durch „fünf“.

Mit seinem Einwand wolle er weder den Bau der Schwimmhalle verzögern noch behindern, betonte **Herr Puttkammer, CDU-Fraktion**, zu Beginn seiner Ausführungen. Er weise jedoch darauf hin, dass bei einem Sprungturm an einem Schwimmbecken ganz schnell die Schwimmer vergraut würden. Er bitte daher darum, wenn über Zusatzmodule gesprochen werde, hier sehr kritisch damit umzugehen, ob das gesetzte Ziel erreicht werden kann. Hier sollte man nochmals mit den Fachleuten überlegen und nachfragen, wollen wir eine

Schwimmhalle oder ein kombiniertes Bad. Er sei dafür, dass die Schwimmhalle so schnell wie möglich kommt. Durch den Einbau von Whirlpools in der Stadtschwimmhalle habe man bereits diese für Schwimmer entfremdet.

Diese Vorlage gehöre zunächst in die Ausschüsse, betonte **Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, und **beantragte die Verweisung** in den Fachausschuss.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, brachte ihre Verwunderung zum Ausdruck. Es existiere bereits ein Beschluss zur Schwimmhalle und die Verwaltung hat damit auch schon einen Auftrag erhalten. Einigkeit bestand, dass man die Schwimmhalle in Module aufteilt, damit jederzeit die Möglichkeit der Erweiterung besteht. Es war niemals von einem absenkbaren Boden u. a. Dingen die Rede.

Besonders verwundert sei sie, da gerade die CDU immer wieder verlangt habe, dass nur Vorlagen in den Rat kommen, deren finanzielle Ausstattung auch belegt und nachgewiesen ist. Dies ist schon die zweite Vorlage in kurzer Zeit, die keinerlei Aussagen enthält, woher das Geld kommen soll. Auch wenn der OB heute mitgeteilt hat, dass das Land eine Verpflichtungsermächtigung von 6 Mio. € eingetragen hat, sind die 1,2 Mio. immer noch offen. Es gibt auch noch keinen Haushalt und im Finanzausschuss war diese Vorlage ebenfalls nicht. Sie bestehe darauf, dass es auch in dem Ausschuss behandelt wird, der sich damit befasst. Das war immer Konsens und die CDU-Fraktion habe dies auch immer wieder gefordert.

Frau Ehlert stellte den **Antrag**, die Vorlage in den **Finanzausschuss zu verweisen**.

Dieser Antrag wurde ebenfalls von **Herrn Hartmann, SPD-Fraktion**, gestellt. Er argumentierte dahingehend, dass über die Schwimmhalle in vielen Ausschüssen ausführlich gesprochen wurde. Man müsse jetzt einen Punkt finden, an dem man nicht immer wieder etwas Neues aufmacht. Deshalb könne es jetzt nur noch um die finanzielle Seite gehen und klar gesagt werden, die Grenze ist erreicht oder es ist noch etwas möglich.

Als Vorsitzender des Finanzausschusses schloss sich **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau** seinen Vorrednern an. Im Finanzausschuss wurde seinerzeit in Abstimmung mit dem Finanzdezernat eine Deckelung der Gesamtkosten in Höhe von 6 Mio. € eingezogen, weil mehr im Haushalt nicht darstellbar war. Ob sich jetzt mehr darstellen lässt, wurde noch nicht gesagt.

Er begrüße grundsätzlich die Vorlage, weil nunmehr wieder nach guten 6 Monaten seit man sich zum Standort bekannt hat, Bewegung in die Entwicklung kommt. Es wurde bereits formuliert, dass die WBD mit den Vorbereitungen für die Projektentwicklung im weitesten Sinne beauftragt bzw. involviert werden sollte. Er fragte nun nach, ob in dieser Hinsicht überhaupt schon etwas passiert ist. Die Verwaltung hatte die Zeit und die Verpflichtung, dass dieses Projekt vorwärts kommt. Es sei nicht Aufgabe des Stadtrates, Kosten für diese Schwimmhalle durchzukalkulieren. **Herr Bönecke** hätte sich aber auch gewünscht, da es den Stadtratsbeschluss mit den 6 Mio. € gibt, dass zumindest der Finanzausschuss auf der Grundlage der Finanzplanung - wir haben von Frau Nußbeck gehört, wie schwierig die Aufstellung des Haushaltes aufgrund der vielen Anmeldungen ist, die noch nicht untergebracht sind - verlässliche Zahlen für den Haushaltsansatz bekommt, wenn wir noch in diesem Jahr in die Planung gehen wollen.

Ebenfalls an die Beratung in den Ausschüssen, an denen die Akteure beteiligt waren, die heute Anträge zur Erweiterung des Vorhabens stellen, erinnerte **Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke**. An die Verwaltung sei ein klarer Auftrag ergangen, der viele Punkte, die die CDU-Fraktion heute in ihrem Vorschlag nennt, beinhaltet. Dass dieses Thema gerade derzeit großes Interesse findet, könne er nachvollziehen. Wenn man mit einem Entwicklungstempo unzufrieden ist, hätte man vielleicht eine Zeitschiene aufmachen und diese über eine Beschlusslage versachlichen sollen. Nicht nachvollziehen könne er, nach Wochen und Monaten

das Thema erneut aufzumachen und die Arbeit infrage zu stellen und bei null anzufangen. Die Fraktion Die Linke stimme ebenfalls für eine Verweisung, Herr Schönemann bat jedoch, an dem bereits gefassten Beschluss systematisch weiter zu arbeiten. Der Verwaltung solle das Vertrauen geschenkt werden, dass vielleicht im nächsten Monat oder in der nächsten Stadtratssitzung eine umfängliche Information zum Sachstand gegeben wird.

In der Diskussion wurde deutlich, es ist unstrittig, dass die Planungen losgehen sollen und die WBD mit der Durchführung beauftragt werden soll und es nur zur finanziellen Ausstattung Fragen gibt, stellte **Herr Rumpf, CDU-Fraktion**, fest und stellte eine Änderung des geänderten Beschlussvorschlages vor. Zuvor fragte er bei **Frau BM Nußbeck** nach, ob die 6,8 Mio. € im Haushalt eingestellt sind. Sie bestätigte, dass im Haushaltsentwurf 7,5 Mio. € eingestellt sind, die der Förderquote von 6 Mio. € entsprechen.

Der ausgereichte **geänderte Beschlussvorschlag soll insofern geändert werden**, dass die Punkte 1 und 2 gestrichen bzw. durch einen neuen Punkt 1 ersetzt werden:

„Die im Haushalt eingestellten 7,5 Mio. € bilden die Grundlage für den Beginn der Planung.“
Die weiteren Punkte 3, 4, 5 und 6 werden neu die Punkte 2, 3, 4 und 5.

Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM, merkte an, einen wesentlichen Teil seines Berufslebens als Sportlehrer und Schwimmmeister verbracht zu haben. Er denke, im Kulturausschuss wurde eindeutig und langwierig darüber geredet, welche Ausstattung der Ersatzneubau haben soll. Deshalb stelle er sich hinter die Aussagen von Herrn Puttkammer, dass schnellstmöglich mit dem Bau begonnen und jede Verzögerung durch erneute Verweisung an die Ausschüsse vermieden werden soll. Er warne als Sportlehrer eindringlich vor der Anlage eines Sprungturmes und -beckens. Dies bringe für ein Schwimmbecken nur Ärger und keine Vorteile. Bereits besprochen wurde im Kulturausschuss die Notwendigkeit von Tribünen. Jedoch sollte den Planern unbedingt gesagt werden, wir wollen, wenn die finanziellen Möglichkeiten da sind, Module anbauen. Dies könne eine Cafeteria, eine Sauna u. Ä. sein. Aber es muss eine Schwimmhalle gebaut werden für den Schwimmunterricht in den Schulen und für die Sportgruppen der Stadt Dessau-Roßlau.

Der heute eingebrachte Beschlussantrag sei völlig unnötig, betonte **Herr Bähr, FDP-Fraktion**. Er werde ihn auch ablehnen und empfinde es als eine Frechheit, sich gegenseitig die Zeit mit solchen Dingen zu stehlen. Das Thema wurde ausreichend debattiert und die Beschlüsse wurden auf den Weg gebracht. Er wüsste ebenfalls den aktuellen Sachstand, worüber in nächster Zeit berichtet werden sollte. Hinter dem heutigen Beschlussantrag sehe er keinen anderen Sinn, außer unter Wahlkampfgesichtspunkten.

Sich den Ausführungen von Herrn Bähr anschließend, ergänzte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, er hätte es sehr begrüßt, wenn die Festlegung auf die Kosten nochmals aufgeweicht würde. Er habe es nie verstanden, dass man die Kosten festlegt, bevor man überhaupt weiß, wo und was man baut. Neu ist heute lediglich die Terminsetzung. Dafür extra einen Beschluss herbeizuführen, bezweifle er stark.

Von **Herrn Dr. Weber**, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, wurde der **Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte** gestellt.

Das Angebot, die Vorlage an die Fachausschüsse zu verweisen, werde vom Einreicher angenommen, erklärte **Herr Trocha, CDU-Fraktion**.

Die Worte von Herrn Tonndorf bestätigte **Herr Maloszyk, FDP-Fraktion**. Generell wurde von Beginn an gesagt, wir brauchen einen Ersatzneubau und nicht über die Hintertür die Anfänge eines Spaßbades. Dies könne man sich leisten, wenn die Stadt besser dastehe.

Er habe drei Fragen an die Verwaltungsspitze gestellt, jedoch wurde auf nicht eine geantwortet, stellte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, fest. Im Teil Öffentliche Anfragen und Informationen habe der Oberbürgermeister zum Thema Theater nicht geantwortet, zum Thema der in seine Zuständigkeit fallenden Rechnungsprüfung Jahresabschluss 2011/2012 musste Frau Nußbeck antworten.

Drittens habe er jetzt gefragt, ob die Verwaltungsspitze eine Auskunft geben kann, wie die längst beauftragte Arbeit mit der WBD gediehen ist, ob es überhaupt schon an der Stelle Arbeit gibt. Auch darauf habe er keine Antwort erhalten. An dieser Stelle ist es Pflicht des Stadtrates, den Druck langsam aufzubauen. Es wurde ein ganzes Jahr über den Standort diskutiert. Immer wieder wurde uns mit aberwitzigen Vorschlägen gekommen, bis hin, dass eine Schwimmhalle Zentren relevant ist und man sie direkt ins Zentrum bauen müsse. Jetzt gibt es einen Beschluss und es wird durch schlichte Nichttätigkeit die ganze Geschichte wieder nach hinten hinaus geschoben. Mit der jetzt vorhandenen Haushaltsstelle, habe man die Grundlage, auf der die Arbeiten hätten längst anlaufen können.

Die Schwimmhalle in Dessau-Süd ist an ihre Altersgrenze gekommen und vielleicht passiert dasselbe wie mit der Muldebrücke, mit dem Bauwerk 11, dass wir sie irgendwann sperren müssen und unsere Schulkinder dann nach Wolfen und Köthen müssen. Bei der Frage, wer dann da geschlafen habe, müsse geantwortet werden, der Stadtrat, weil der den Druck nicht aufgemacht hat. Dem diene aber diese Vorlage, weshalb sie auch in die Ausschüsse verwiesen und dort evtl. qualifiziert werden sollte, schloss **Herr Bönecke**.

Herr Oberbürgermeister Koschig führte aus, natürlich habe er nach dem letzten Festsetzen der Aufgabenstellung Herrn Tobler als den Geschäftsführer der WBD gefragt, ob er die nächsten Schritte eingeleitet hat. Dieser habe ihn informiert, dass Stadträte bei ihm gewesen sind und nochmals an der Aufgabenstellung gefeilt werden soll. Deshalb gebe es momentan noch keine Veranlassung, Planungsbüros zu beauftragen, so lange der Stadtrat noch über die Aufgabenstellung diskutiert.

Als letzter Redner auf der Liste erhielt **Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion**, das Wort. Er stimmte der Verweisung des CDU-Antrages in den Finanzausschuss zu, richtete jedoch eine Bitte an die Kollegen der CDU-Fraktion. Es sei auffällig, Zweifeldsportalhalle, Schwimmbaderweiterung in Größenordnungen - was hier laufe, sei in seinen Augen reiner Aktionismus in Wahlkampfzeiten, was man nicht tun sollte. Hier sollte aber seriöse Ratsarbeit erfolgen, Wünsche und Versprechungen sollten in die Wahlprogramme und Wahlplakate geschrieben werden, appellierte er an alle Mitglieder des Stadtrates.

Der Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in den Finanzausschuss wurde zur Abstimmung gebracht.

Die Vorlage wurde zur Beratung in den Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: 31:10:02

7.10 Änderung der Abfallentsorgungssatzung der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/014/2014/VI-83

Da die Vorlage noch in keinem Fachausschuss beraten wurde, erläuterte **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** eingangs, warum sich diese Änderung der Satzung erforderlich macht.

Am Ende des vorigen Jahres war eine neue Abfallsatzung beschlossen worden und eine neue Abfallgebührensatzung. Letztere beruht auf der Abfallsatzung, sie beinhaltet die Voraussetzungen für das neue Tarifsysteem. In der Abfallsatzung gibt es genehmigungspflichtige Teile und Teile, die nur durch Veröffentlichung rechtswirksam werden. In der bisherigen Beschlusslage ist aber enthalten, dass alles nach der Genehmigung veröffentlicht wird, was

aber zu spät wäre, da die neue Abfallgebührensatzung schon greifen soll. Aus diesem Grund werde nun vorgeschlagen, nur die Inkrafttretungsregelung zu teilen und die nichtgenehmigungspflichtigen Teile mit ihrer Veröffentlichung und die genehmigungspflichtigen Teile nach ihrer Genehmigung in Kraft treten zu lassen. Für das Inkrafttreten der Gebührensatzung ist dies jetzt unschädlich.

Die Vorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Der Änderung der Abfallentsorgungssatzung wurde mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 42:00:01

7.11 Teilnahme am European Energy Award

Vorlage: BV/376/2013/VI-83

Der Stadtrat stimmte der Vorlage mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis: 39:00:04

Nach Abhandlung dieses Punktes wurde der TOP 7.4 erneut aufgerufen und zu Ende geführt.

Im Anschluss daran wurde durch **Herrn Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Nach Herstellung der Öffentlichkeit schloss Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 06.03.14

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

E. Baumer
Schriftführerin